

Klimawandel – uns läuft die Zeit davon!

*Einige Ursachen des katastrophalen Scheiterns der
Klimaschutzverhandlungen und Hinweise aus
der Vielzahl vorhandener Lösungen,
die nicht oder unzureichend genutzt werden*

von Werner Mittelstaedt

I. Vorbemerkungen

Auf dem Umweltgipfel (Erdgipfel) des Jahres 1992 in Rio de Janeiro wurde der durch menschliche Aktivitäten bedingte Klimawandel von der Weltgemeinschaft als ernstes Problem erkannt. Nun sind mehr als zwanzig Jahre vergangen und es sind keine ernstzunehmenden Aktivitäten zur Einsparung der klimarelevanten Treibhausgasemissionen zu verzeichnen. Alles hat sich verschlechtert, obwohl das Wissen um die Probleme des Klimawandels, aber auch um die Verknappung wichtigster Ressourcen und die Zerstörung der Biosphäre durch die menschliche Zivilisation enorm gewachsen ist.

Die Klima-Konvention sollte den Rahmen für die Klimaschutzverhandlungen bilden. Seit 1992 gab es 18 große Klimakonferenzen. Die letzte fand vom 26. November bis zum 8. Dezember 2012 in Doha (Katar) statt.

Das fortgesetzte Scheitern der Klimaschutzverhandlungen verdeutlicht das katastrophale Scheitern der AGENDA 21, denn neben den Klimaschutzverhandlungen scheitern spätestens seit dem Umweltgipfel von Rio fast alle politischen, wirtschaftlichen und größtenteils auch die meisten individuellen Bemühungen für einen ernsthaften Einstieg in die nachhaltige Entwicklung einerseits und nachhaltige Lebensstile andererseits. Auch der Nachhaltigkeitsgipfel in Rio de Janeiro (Rio+20) vom Juni 2012 zeigte mehr als deutlich die strukturelle Handlungsunfähigkeit der internationalen Staatengemeinschaft auf, die nachhaltige Entwicklung zu forcieren. Auch dort gab keine Ergebnisse.

II. Zur Erinnerung: Die AGENDA 21

Auf der Rio-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED – United Nations Conference on Environment and Development) des Jahres 1992 wurden als bedeutende Dokumente insbesondere die Klima-Konvention, die Artenschutz-Konvention und eine Erklärung zum Schutz der Wälder in den Ländern des Nordens und der tropischen Regenwälder des Südens von den Teilnehmerstaaten unterzeichnet.

Das wichtigste Dokument dieser Konferenz war aber zweifelsfrei die AGENDA 21. Mit ihren vierzig Kapiteln spricht sie alle relevanten Bereiche des menschlichen Lebens an, die für eine nachhaltige Entwicklung von essenzieller Bedeutung sind (siehe auch: de.wikipedia.org/wiki/Agenda_21). In ihr wurden detaillierte Handlungsaufträge formuliert, um einer weiteren Verschlechterung der Biosphäre der Erde erfolgreich entgegenzuwirken, dafür schrittweise Verbesserungen zu erreichen und schließlich eine nachhaltige Nutzung aller natürlichen Ressourcen sicherzustellen. Wesentlicher Ansatzpunkt dabei ist die Integration von Umwelt- und Entwicklungsaspekten in alle Politik- und Lebensbereiche. Die AGENDA 21 richtet sich an alle Länder. Sie enthält zur Erfüllung des Anspruches auf eine nachhaltige Entwicklung Dokumente insbesondere zur Armutsbekämpfung und Bevölkerungspolitik, zu Maßnahmen gegen den Hunger in der Welt und zur Entschuldung des Sü-

dens, für den Handel und die Umwelt, zur Abfall-, Chemikalien-, Klima- und Energiepolitik, zur Landwirtschaftspolitik sowie zur finanziellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen dem Norden und dem Süden. Welche Kosten zu tragen sind und welche Termine und Verantwortlichkeiten für die einzelnen Länder infrage kommen, um diese Ziele zu erreichen, wurde ebenfalls in der AGENDA 21 bestimmt.

III. Fakten aus Doha

In Doha wurde als einziges Ergebnis das Kyoto-Protokoll verlängert. Es galt ursprünglich nur bis Ende 2012 und wird jetzt bis zum Jahre 2020 verlängert. Im Jahre 2014 sollen die festgelegten Emissionsziele überarbeitet und nachgebessert werden. Vertreter mehrerer EU-Länder hatten sich zudem dafür ausgesprochen, künftig mehr CO₂ einzusparen als geplant, was aber nur eine Absichtserklärung ist. *Die Verlängerung des Kyoto-Protokolls hat aber ganz große Tücken, denn die Begrenzung der Treibhausgasemissionen des Kyoto-Protokolls sind sehr stark begrenzt: Die Unterzeichnerstaaten sind nur für knapp 15 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Russland, Kanada, Japan und Neuseeland sind an der zweiten Verpflichtungsperiode nicht mehr beteiligt, die größten CO₂-Emittenten China und USA haben das Abkommen nicht unterzeichnet.* Um langfristig alle Staaten in eine Klimaschutzvereinbarung einzubeziehen, soll bis 2015 ein neues Abkommen ausgehandelt werden, was dann im Jahre 2020 in Kraft treten soll. Erst ab dem Jahre 2020 sollen den Entwicklungsländern jährlich 100 Milliarden Euro für Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung zu gestellt werden – aber hier ist die Finanzierung ungeklärt. Am Rande der Klimakonferenz hatten verschiedene europäische Staaten insgesamt rund sieben Milliarden Euro zugesagt. Deutschland würde sich mit 1,8 Milliarden Euro jährlich beteiligen. Eine Arbeitsgruppe soll jetzt ausloten, wie das Gesamtziel erreicht werden kann. In Doha wurde auch beschlossen, dass ungenutzte Emissionsrechte aus der Vergangenheit nicht gelöscht, sondern im Gegenteil in die Zukunft übertragen werden dürfen. Letztes bedeutet, dass die Anreize derjenigen, die noch ungenutzte Emissionsrechte haben, Treibhausgasemissionen zu vermeiden, nicht sonderlich hoch sind. Die Europäische Union möchte die Treibhausgasemissionen von minus 20 Prozent auf minus 30 Prozent gegenüber dem Jahre 1990 erhöhen. Das ist die katastrophale Bilanz der letzten Klimaschutzverhandlungen in Doha.

IV. Fakten zum »zwei Grad Ziel«

Um das Ziel zu erreichen, die globale Erderwärmung auf maximal zwei Grad Celsius zu begrenzen, darf die Weltgesellschaft bis zum Jahre 2050 nicht mehr als 750 Gt CO₂ in die Atmosphäre emittieren – dies stellte u. a. der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) fest. Das bedeutet für jeden Einzelnen von uns praktisch, dass zum Beispiel die CO₂-Emissionen, die jeder an jedem Tag verbraucht, vom CO₂-Konto, das bis zum Jahre 2050 existiert, abgezogen werden müssen. Das Umweltbundesamt hat ermittelt, dass jeder deutsche Bürger pro Jahr im Durchschnitt elf Tonnen CO₂ verbraucht. Sie können ihren ganz persönlichen CO₂-Ausstoß durch den CO₂-Rechner des Umweltbundesamtes via Internet ermitteln (www.uba.klima-aktiv.de/). Wenn Sie also morgen den Tag beginnen, dann müssen Ihre persönlichen CO₂-Verbräuche des Tages von jenen 750 Gigatonnen CO₂ abgezogen werden, die der Welt zur Eingrenzung der schlimmsten Folgen des Klimawandels maximal zugewiesen wurden! So müssen beispielsweise Ihre dreißig Kilogramm CO₂, die Sie in den nächsten 24 Stunden verbrauchen, von den 750 Gigatonnen abgezogen werden. (Dreißig Kilogramm CO₂ pro Tag sind knapp elf Tonnen CO₂ pro Jahr, also der Tagesdurchschnitt eines deutschen Bürgers.)

Zurzeit liegen die CO₂-Emissionen weltweit pro Jahr bei rund 30,6 Gigatonnen pro Jahr (Stand: 2010 nach Angaben der Internationalen Energieagentur – IEA)! Wenn sich in den

nächsten vier Jahrzehnten nichts an der Menge der CO₂-Emissionen ändert, sich also bis zum Jahr 2050 weder Zuwächse noch Abnahmen einstellen, so wird dieses Ziel krass verfehlt werden. Denn dann werden bis 2050 mehr als 1.400 Gigatonnen CO₂ in die Atmosphäre gelangen.

Die Realität ist aber noch viel schlimmer: Die Schwellenländer benötigen Jahr für Jahr mehr fossile Energien, um ihre nachholende Entwicklung zu realisieren. Dabei setzt insbesondere China stark auf Kohle. Auch Indien mit seinen knapp 1,2 Milliarden Menschen, asiatische und lateinamerikanische Länder und die Länder Afrikas mit ihren rund einer Milliarde Menschen werden die nachholende Entwicklung forcieren und dafür in naher Zukunft wesentlich mehr Energie benötigen. Ebenso steigen die weltweite Automobilproduktion und der Flugverkehr exponentiell an. »Prognosen zur Folge ist bei den weltweiten Verkehrsdienstleistungen in den nächsten 20 Jahren mit einer Zunahme von rund 50 % zu rechnen. Der Luftverkehr boomt: Sein Anteil wächst jährlich mit rund 5 % überproportional. Im Jahr 2006 haben sich allein die Umsätze der deutschen Luftfahrtunternehmen um 9,1 % auf 24 Mrd. Euro deutlich gesteigert. Der Luftverkehr in Europa hat sich mit der Liberalisierung schon zwischen 1980 und 2000 verdreifacht, innerhalb von 13 Jahren (1992-2005) ist allein die Anzahl der europäischen Flugstrecken um 150 % gestiegen (EU KOM (2006) 819)«, ist einem Fraktionsbeschluss der Partei Bündnis 90/Die Grünen vom 22. September 2008 zu entnehmen, der das Thema »Luftverkehr in Zeiten des Klimawandels« zum Inhalt hatte (siehe: www.gruenebundestag.de/cms/archiv/dokbin/251/251159.fraktionsbeschluss_luftverkehr.pdf).

Der Anteil des Rohstoffes Öl am globalen Primärenergieverbrauch beträgt 35 Prozent. Öl ist damit noch immer die wichtigste Energiequelle der Weltgesellschaft. Pro Tag werden weltweit nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) 86,6 Millionen Barrel Öl verbraucht (Stand: April 2010), davon rund zwei Drittel als Brennstoff im Transportwesen. Ein Barrel – die internationale Maßeinheit für ein Fass Öl – entspricht 159 Liter. Der globale Verbrauch, so schätzt das US-Energieministerium ein, wird bis zum Jahr 2030 auf 118 Millionen Barrel pro Tag ansteigen. Dies ist vor allem auf das Wachstum in Schwellenländern wie China und Indien zurückzuführen. Zudem beweist die Realität, dass die Länder des Nordens bislang nicht bereit waren, ihre CO₂-Emissionen und die Emissionen anderer Treibhausgase deutlich zu senken.

Neben diesen Fakten ist zu berücksichtigen, dass die Weltbevölkerung bis zum Jahr 2050 mit großer Wahrscheinlichkeit um mehr als zwei Milliarden Menschen anwachsen wird – Menschen, die ihr Recht wahrnehmen werden, zu leben und CO₂ zu verbrauchen.

Der globale Klimawandel mit seinen drohenden negativen Folgen für die Zukunft der Weltgesellschaft und für künftige Generationen ist ein eindeutiger Beweis für den Befund, dass die Lebens- und Überlebensbedingungen durch die nicht nachhaltigen Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft immer schlechter werden. Die Chancen der Weltgesellschaft, die globale Erderwärmung auf maximal zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Wert zu begrenzen, sind mit Blick auf die gegenwärtigen Entwicklungstrends als äußerst gering einzustufen. Trotz des Wissens, dass eine deutliche Reduzierung der CO₂-Emissionen dringend notwendig ist, fand im Jahre 2010 der größte Ausstoß an CO₂ aller Zeiten statt. Die Internationale Energieagentur (IEA) berichtete Ende Mai 2010, dass der globale CO₂-Ausstoß 2010 um insgesamt 1,6 Gigatonnen gestiegen ist. Das ist laut IEA der bisher höchste Anstieg seit Beginn der Messungen. Dieser Anstieg ist nahezu doppelt so hoch wie der gesamte CO₂-Ausstoß Deutschlands in einem Jahr! Anzumerken ist, dass sich Deutschland immer wieder gerne als Klimaschutz-Weltmeister präsentiert. Aber auch bei uns ist der CO₂-Ausstoß im Jahre 2010 um knapp 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen, der Energieverbrauch sogar um 4,1 Prozent. Die in Bonn und Berlin ansässige NGO Germanwatch, die sich für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen einsetzt, hat den Klimaschutz-Index 2013 veröffentlicht. Darin wird der Ernst der Lage offensichtlich. Hier einige wenige Auszüge: »Im Jahr 2010, auf dem die Datengrundlage des Klimaschutz-Index 2013 beruht, er-

reichten die weltweiten Emissionen erneut ein Rekordhoch. Darüber hinaus war der Anstieg von 2009 auf 2010 auch der höchste jemals verzeichnete Anstieg innerhalb eines Jahres. [...] Die Emissionen steigen nicht nur auf globaler Ebene – auch auf nationaler Ebene gibt es unerfreuliche Nachrichten: Keines der untersuchten Länder ist auf dem Weg dahin, einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden und dazu beizutragen, die globale Erwärmung auf unter 2 °C zu begrenzen. Wie bisher bleiben deshalb die Plätze auf dem Siebertreppchen des Klimaschutz-Index frei. [...] Deutschland hat in diesem Jahr etwas an Boden verloren. Die deutschen Klimaexperten befürchten, dass die Energiewende und der Ausbau Erneuerbarer Energien ins Stocken geraten könnten. Bisher ist Letzteres jedoch immer noch vielversprechend, mehr als vor einigen Jahren erwartet. Im Bereich der Energieeffizienz landet Deutschland jedoch nur im Mittelfeld und schöpft sein Potenzial bei Weitem nicht aus« (www.germanwatch.org/de/ksi).

V. Lösungsansätze

Angesichts der Vielfältigkeit der gesellschaftlichen Kulturen, der politischen Gegensätze und aufgrund der Tatsache, dass über sieben Milliarden Menschen auf der Erde leben und sie sich in ungezählten Konflikten und Kriegen befinden und Katastrophen zu erdulden haben, ist Folgendes meiner Meinung nach die einzige realistische Perspektive: Einzelne Menschen, kleine Orte, Regionen und zunächst einige wenige Länder müssen damit beginnen, viel stärker als bisher Schritte in Richtung der nachhaltigen Entwicklung zu machen. Dabei müssen möglichst viele Orte zu »Oasen« der Nachhaltigkeit werden. Sie sollten so erfolgreich werden, dass sie immer mehr Nachahmer finden, um schließlich die große Transformation für das Ziel der nachhaltigen Entwicklung zu erreichen.

Für die große Transformation in eine nachhaltige Weltgesellschaft sind ganz besonders die ökonomischen Aktivitäten der Weltgesellschaft verantwortlich: Seitdem die Globalisierung der Wirtschaft, nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, keine Schranken mehr kennt, ist fast die ganze Welt dem Paradigma des auf materiellem Wachstum fixierten Kapitalismus zugewandt. Der Kapitalismus muss gezähmt werden; er muss konsequent durch eine Ökosoziale Marktwirtschaft ersetzt, die die nachhaltige Entwicklung ernst nimmt. Politik muss diese Aufgaben wesentlich ernster nehmen als bislang. Für ein Land wie Deutschland, das letztendlich vom Wissen seiner Menschen lebt und besonders als Exportnation Know-how-Vorsprünge gegenüber den aufstrebenden Schwellenländern dauerhaft benötigt, wäre eine erfolgreiche Umsetzungsstrategie in die nachhaltige Entwicklung die allerbeste Option die Zukunft zu sichern. Ländern, die in naher Zukunft am erfolgreichsten die notwendigen Schritte für die nachhaltige Entwicklung realisieren, werden noch am besten mit den großen Herausforderungen unserer Zeit einschließlich der wahrscheinlich unabänderlichen Folgen des Klimawandels fertig.

VI. Die Lösungen für eine Abmilderung der Folgen des Klimawandels, für mehr Gerechtigkeit und der Realisierung einer nachhaltigen Weltgesellschaft gibt es schon lange – wir müssen sie nur umsetzen!

In meinem aktuellen Buch »SMALL. Warum weniger besser ist und was wir dazu wissen sollten« (Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main et al., 2012, 266 S., 6 farb. Abb., 3 s/w Abb., ISBN 978-3-631-61953-7, gebunden, € 29,95 – Online-Information: www.werner-mittelstaedt.com/meine-buecher.php) habe ich eine 111 Kriterien umfassende Zukunftsformel »SMALL to *small*« integriert. Sie verdeutlicht vor dem Hintergrund der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, *warum weniger besser ist und was wir dazu wissen sollten*. Dafür muss niemand in Askese leben. Wir müssen unsere Lebensstile prinzipiell so umgestalten,

dass auch diejenigen, die weniger über Qualität, Herkunft, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit nachdenken, also die Bevölkerungsmehrheit, ein Konsumverhalten zeigen und einen Lebensstil führen können, welche den Ansprüchen der nachhaltigen Entwicklung gerecht werden. Daraus einige wenige Auszüge:

Gegenwart (normale Schrift) - Zukunft (kursive Schrift)

- Big, bigger, biggest dominiert. – *Small, smaller, smallest, wo immer nur möglich.*
- Wachsende Beschleunigung (schneller ist besser). – *Tendenz zur Entschleunigung (Langsamkeit als Tugend/Zeit zum Nachdenken).*
- Quantität dominiert. – *Hohes Qualitätsbewusstsein.*
- Ausgeprägte Tendenz zur Verschwendung. – *Verschwendung zu vermeiden ist eine Selbstverständlichkeit.*
- Quantität dominiert. – *Qualitatives, organisches Wachstum.*
- Materielles Wachstum als wichtige Bedingung für höhere Lebensqualität. – *Ideelles, mentales und emotionales Wachstum als Bedingung für höhere Lebensqualität.*
- Weit verbreitetes Konkurrenzdenken. – *Kooperativer Individualismus.*
- Wenig Verantwortungsbewusstsein im Hinblick auf die nachfolgenden Generationen (Nach-mir-die-Sintflut-Mentalität). – *Hohes Verantwortungsbewusstsein im Hinblick auf die nachfolgenden Generationen.*
- Unzureichendes Bewusstsein für Verbrauchsgrenzen und materielle Ansprüche in der Bevölkerung, um Energie und Rohstoffe zu sparen. – *Reduktion unnötigen Verbrauchs von Energie und Rohstoffen als Wettbewerbsmerkmal in Wissenschaft, Technologie, Industrie, Wirtschaft und als Prestigegewinn im Privatleben (»Suffizienzprinzip«).*
- Fehlende ökonomische Anreize für Effizienzsteigerungen bei der Nutzung von Energie und Rohstoffen. – *Effizienzsteigerungen bei der Nutzung von Energie und Rohstoffen als Triebkraft in Wissenschaft, Technologie, Industrie und Wirtschaft durch politische Förderungen.*
- Globale Finanzwirtschaft und Börsengeschäfte, die die Wertschöpfung der Realwirtschaft um das Zigfache übertreffen (globale Finanztransaktionen), mit schweren Folgen für Menschen und Gesellschaften, wie es die Finanz- und Staatsverschuldungskrisen belegen. – *Beschränkung der globalen Finanzwirtschaft und Börsengeschäfte durch eine Kapitaltransaktionssteuer, die sog. Tobin-Tax, und Einsatz politischer Steuerungsmöglichkeiten (Gesetze), durch die z. B. erheblich höhere Eigenkapitalanteile von Banken erforderlich werden und hohe Abgaben für Hochrisikogeschäfte erhoben werden, die in Sicherungsfonds einfließen sollten und die dann bei Bankrotten zur Verfügung stehen. Des Weiteren sollten Universalbanken gesetzlich abgeschafft werden, was konkret bedeutet, dass Banken mit Risikogeschäften Spezialbanken werden und von den Geschäfts- und Kundenbanken zu trennen sind (Trennbanken).*
- Monetäre Gewinne durch Spekulationen und Wetten. – *Starke Begrenzung monetärer Gewinne durch Spekulationen und Wetten.*

- Produkt gegen Geld (Leistung gegen Geld). – *Produkt gegen Geld plus intensiver Tauschhandel plus Leistung gegen Leistung ohne Geld* (z. B. Tauschbörsen). Auch verstärkte Nutzung von Regiogeld und Regionalwährungen.
- Großbanken. – *Genossenschaftsbanken und öffentlich-rechtliche Kreditinstitute* (z. B. Sparkassen. Im November 2011 hat die NGO »attac« die Kampagne »Bank wechseln – Politik verändern!« gestartet. Attac favorisiert auch die Geschäftsmodelle von Sparkassen und Genossenschaftsbanken).
- Kurzlebigkeit und geplantes Veralten von Produkten (geplante Obsoleszenz) – *Langlebigkeit von Produkten (Reparaturgesellschaft / Kreislaufwirtschaft)*.
- Zukunftsunfähige, stark auf fossile Ressourcen und Kernenergie basierende Stromerzeugung, die unkalkulierbare Risiken, große Störungen und Zerstörungen in der Umwelt und gesundheitliche Schäden bedingt. – *Nachhaltige Stromerzeugung aus möglichst zu einhundert Prozent regenerativen Energiequellen wird angestrebt*.
- Zentralisierte, monopolisierte Stromerzeugung. – *Zu großen Teilen dezentrale Stromerzeugung. Zentralisierte Stromerzeugung – möglichst zu einhundert Prozent aus regenerativen Energiequellen* (z. B. Wüstenstrom, solarthermische Kraftwerke und Solarfarmkraftwerke) – *nur noch für die öffentlichen Infrastrukturen und zum Teil für die Industrien. Ebenfalls zur Sicherstellung der Stromversorgung für den Fall, dass lokale regenerative Energiequellen aus klimatischen oder anderen Gründen zu wenig Strom liefern*.
- Massenkonsum (Shopping), materielle Orientierungen. – *Ideelle Bedürfnisse, kulturelle Beteiligung (aktiv und/oder passiv), soziale Kontakte, gesellschaftliches Engagement, gutes Essen und Trinken wichtiger als die Befriedigung durch Massenkonsumwaren*.
- Nicht nachhaltige Tourismusbranche (Zerstörung von Korallenriffen, erhebliche Umweltbelastungen und Flächenversiegelung insbesondere durch den Ferntourismus. Zu große Entfernungen zu den Urlaubszielen u.v.a.). – *Nachhaltige Tourismusbranche (Rückbau von sog. Ferienparadiesen und nachhaltiger Umbau von Ferienanlagen, sanfter Tourismus wird favorisiert, mit geringeren Entfernungen zu den Urlaubszielen, die Flugreisen weniger erforderlich machen)*.
- Ungerechter Handel mit Bauern und Beschäftigten in den Ländern des Südens. – *Fairer Handel mit Bauern und Beschäftigten in den Ländern des Südens dominiert* (siehe auch Internet: www.fairtrade.de).
- Zerstörung von Ressourcen durch unvollständige Wiederverwertung von Abfall und nicht mehr gebrauchten Gütern aller Art. – *Größte Anstrengungen zur vollständigen Wiederverwertung von Abfall und Gütern aller Art (Abfall wird zur Rohstoffquelle)*.
- Hohe Mobilität zur Ausübung der Berufe erforderlich. – *Stark sinkende Mobilitätsanforderungen zur Ausübung der Berufe, zum Beispiel durch verstärkte Telearbeit*.
- Massenproduktion von Automobilen. – *Schrittweiser Übergang zu Mobilitätskonzepten, die den Besitz eigener Automobile drastisch reduzieren und das Verkehrsaufkommen absenken*.
- Nur wenige Nutzungskonzepte für Produkte. – *Aufbau von Nutzungskonzepten für möglichst viele Produkte, die häufig und länger benutzt werden* (z. B. Fernsehgeräte, Elektrogeräte, Fahrräder, Handys, Möbel u.v.m.): *Die Produkte werden für eine bestimmte Zeit genutzt (gemietet), und die erworbenen Produkte müssen vom Hersteller*

zurückgenommen werden. Die Nutzer der Produkte müssen eine relative große Zusatzsumme auf die Nutzungskosten bezahlen, die sie bei der Rückgabe zurückerhalten (ein Pfand, damit die Produkte auch wirklich zurückgegeben werden). Vorteile: Die Hersteller sind dadurch besser in der Lage, die genutzten Produkte wiederzuverwerten oder zu erneuern. Die Nutzer von Produkten müssen nach Ablauf der Nutzungszeit die Produkte zurückgeben, anstatt sie, wie es ohne ein Nutzungskonzept mit Pfand überwiegend geschieht, über den Müll oder auf Deponien zu entsorgen. Derzeit werden viele Produkte nicht mehr genutzt, aber aufbewahrt, z. B. Handys, kleine Elektrogeräte und zahlreiche Gegenstände des täglichen Bedarfs, weil dafür kein Pfand bezahlt werden muss.

- Vernichtung von Lebensmitteln. – Reduzierung der Angebotsvielfalt von Lebensmitteln (z. B. nicht dreißig Sorten Joghurt in Regalen, 25 verschiedene Brotsorten in einer Bäckerei, zehn Buttersorten in den Regalen u.v.a.). Siehe auch: Lebensmittelvernichtung stoppen im Internet: [deu.anarchopedia.org/Projekte: Lebensmittelvernichtung_stoppen](http://deu.anarchopedia.org/Projekte:Lebensmittelvernichtung_stoppen), und das Buch »Die Essensvernichter: Taste the Waste – Warum die Hälfte aller Lebensmittel im Müll landet und wer dafür verantwortlich ist« (Kreuzberger und Thurn 2011).
- Hunger von rund einer Milliarde Menschen und Unterversorgung an Nahrungsmitteln bei zusätzlich rund zwei Milliarden Menschen, die zum Teil auch durch Weltmarktpreise für Nahrungsmittel bedingt sind. – Aufbau von lokalen und regionalen Agrarmärkten in den armen Ländern des Südens mit dem Ziel der vollständigen Selbstversorgung als eines der wichtigsten Entwicklungsprojekte.
- Ackerflächen für Nutzpflanzen zur Energieerzeugung (z. B. Biodiesel aus Ölpflanzen und Bioethanol aus Zuckerrohr). – Verbot der Nutzung von Ackerflächen für Nutzpflanzen zur Energieerzeugung.
- Sogenannte »Grüne Gentechnik«. – Keine Gentechnologie in der Landwirtschaft.
- Keine ausreichenden Belohnungssysteme, die nachhaltiges Handeln fördern. (Nachhaltiges Handeln wird nur in Marktnischen belohnt, aber nicht auf den Massenmärkten.) – Belohnungssysteme werden aufgebaut, die nachhaltiges Handeln auch für Massenmärkte fördern.

Werner Mittelstaedt, Münster 17.12.2012